

+++ PRESSEMITTEILUNG +++

Hamburg finanziert keine unabhängige Sozialberatung mehr

***Hamburg, 25.10.2013.* Nach dem Willen des Hamburger Senats sollen sich Erwerbslose bei sozialrechtlichen Konflikten mit Jobcentern und Arbeitsagentur von genau diesen beraten lassen.**

Mit der Neuausrichtung der psychosozialen Beratung für SGB II-Leistungsberechtigte schlägt Hamburg einen falschen Weg ein. Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AGFW) Hamburg kritisiert vor allem, dass sozialrechtliche Konflikte mit den Jobcentern kein Gegenstand der Beratung mehr sein dürfen. Wer in einem solchem Konflikt steckt, soll zur Klärung an die Jobcenter verwiesen werden. Erwerbslose sollen sich also von den Stellen beraten lassen, mit denen sie im Konflikt sind.

Jens Stappenbeck, Geschäftsführer der AGFW Hamburg: „Das ist absurdes Theater. Nur die Erwerbslosen haben dabei nichts zu lachen.“

Für Rückfragen:

Jens Stappenbeck

Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege
Hamburg e.V.

Tel.: 040 / 23 15 86

Mobil: 0174/230930

jens.stappenbeck@agfw-hamburg.de